

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 36 (1957)
Heft: 4

Rubrik: Chronik des Monats

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 16.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

gauers» ist und uns geschrieben hat, daß er sich als Bauer durch das Lesen der sozialdemokratischen Zeitung mit den Anliegen der Arbeiterschaft verbunden fühle und besonders gerne die Leitartikel und die guten Feuilletons und literarischen Beiträge lese. Auch das beweist, daß die Sozialdemokratische Partei, wenn sie offen für den Sozialismus eintritt, in anderen Kreisen der Bevölkerung nichts zu verlieren, sondern nur zu gewinnen hat.

Wenn wir bedenken, daß es in den Kreisen der Sozialdemokratischen Partei relativ viele ältere Leute gibt, die eines Tages nicht mehr sein werden, dann drängt sich die Aufgabe auf, möglichst viele junge Leute für den Sozialismus zu gewinnen und zu begeistern.

Wir können im Aargau den Aufstieg der Sozialdemokratie, die heute von 200 Großratssitzen deren 66 innehat, nur fortsetzen, wenn sich recht viele an der persönlichen Aufklärungsarbeit beteiligen.

CHRONIK DES MONATS

Innenpolitik

Über der schweizerischen Innenpolitik liegt seit längerer Zeit ein schweres Unbehagen. Es kommt unter anderem zum Ausdruck bei eidgenössischen *Volksabstimmungen*. Wiederholt sind wichtige Vorlagen, die vom Bundesrat und von der Bundesversammlung ausgearbeitet und angenommen worden waren und denen die großen Parteien zugestimmt hatten, vom Volke verworfen worden. Dieses Schicksal erlitten am 3. März auch die Verfassungsartikel über den *Zivilschutz* und über das *Radio und Fernsehen*. Am negativen Ausgang derartiger Volksabstimmungen ist Bern nicht unschuldig. Man mißachtet nicht ungestraft den Volkswillen, wie das schon bei früheren Abstimmungen – wir erinnern nur an diejenige über die Preis- und Mieterschutzbestimmungen – der Fall gewesen war. Auch in der Frage des Zivilschutzes hatte man trotz der eindeutigen Verwerfung der seinerzeitigen Luftschutzvorlage versucht, den obligatorischen Zivilschutzdienst auf dem Verordnungswege einzuschmuggeln, und entgegen aller Warnungen erzwängte man die Aufnahme des Obligatoriums der Frauen für die Hauswehren in den Verfassungsartikel. Recht ungeschickt ging man auch bei der Vorlage für das Radio und Fernsehen vor. In den vorangegangenen Jahren hatte man über 26 Millionen Franken für das Fernsehen verausgabt, ohne daß dem

Volke, wie man es ihm versprochen hatte, Gelegenheit gegeben worden wäre, zum Fernsehen Stellung zu nehmen. Das daraus entstandene Mißtrauen wurde noch stärker, als man den Fernsehartikel mit demjenigen des Radios zusammenkoppelte, ohne daß dies eine zwingende Notwendigkeit gewesen wäre. So erweckte man den Eindruck, als ob man über das populäre Radio das Ja für das weniger populäre Fernsehen erschleichen wolle. Mit derartigen gesetzestaktischen Schlaumeiereien wird man in Bern aufhören müssen, wenn man das Vertrauen des Volkes wieder gewinnen will.

Der negative Ausgang verschiedener Volksabstimmungen müßte aber vor allem auch den *bürgerlichen Parteien* Anlaß zur Selbstbesinnung geben. Bezeichnend war in dieser Beziehung die Kapuzinerpredigt, die ihnen von der «Schweizerischen Handelszeitung» gehalten wurde, als sie nach der Abstimmung vom 3. März feststellte, es werde in der eidgenössischen Politik das Aktionsfeld völlig den Geschäftspolitikern und Taktikern überlassen, was mit der Zeit zu einem sicheren Debakel führen müßte:

«Dies alles unter der Ägide eines Bundesrates, dessen Mitglieder nur ihre Departemente sehen und ihrer Verwaltung hörig sind, und unter Assistenz der Regierungsparteien, die in keiner Weise mehr ihrer Aufgabe gewachsen sind. Die Freisinnigen werden weiterhin Regierungsvorlagen torpedieren, die aus konservativ geleiteten Departementen kommen, und umgekehrt werden es sich die Konservativen angelegen sein lassen, weiterhin Steine in die freisinnigen Gärten zu werfen . . . Das ist die Politik, wie sie sich heute auf der eidgenössischen Ebene präsentiert, bei der es dem Schweizervolk bisher zwar gut gegangen ist, die aber trotzdem Keime eines Niederganges in sich trägt, die sich früher oder später unangenehm auswirken werden.»

Eine nicht geringe Verantwortung an diesem Malaise trägt die *Freisinnige Partei*, die immer noch drei Bundesräte stellt und bereit wäre, das Opfer eines vierten Vertreters auf sich zu nehmen. Ihre Basis im Volke wird zwar immer schmaler, was sich jeweils deutlich zeigt, wenn sie allein in den Kampf ziehen muß. So hat sie neuerdings im Waadtland, das lange ihre eigentliche Domäne war, bei den Großratswahlen Verluste erlitten, und bei der stadtzürcherischen Abstimmung über eine Invalidenhilfe wurde sie mit einer gründlichen Niederlage heimgeschickt. Trotzdem aber beansprucht der Freisinn noch immer den Ruf der führenden, staatserhaltenden Partei, was ihn jedoch nicht daran hindert, bei Abstimmungen die Vorlagen ihren eigenen Bundesräten und Fraktionsvertretern vor die Füße zu werfen. Nicht viel besser sieht es übrigens auch im *katholisch-konservativen* Lager aus. Dessen Haltung zu eidgenössischen Fragen wird weitgehend von der Rivalität mit dem freisinnigen Regierungspartner beeinflußt. Eifersüchtig wird darüber gewacht, daß man nicht vor den Freisinnigen ins Hintertreffen gelangt und nicht an der Regierungsmacht und bei der Besetzung hoher Bundesämter verkürzt

wird. Dabei sind sowohl die KK wie die Freisinnigen im Bundesrat klar übervertreten, und solange man sich nicht entschließt, der stärksten Wählerschaft des Landes eine angemessene Vertretung in der Regierung einzuräumen, wird das eidgenössische Malaise nicht behoben werden können.

Das weitverbreitete Unbehagen in der schweizerischen Politik ist aber auch noch von einer andern Seite genährt worden. So haben sich in den letzten Jahren in bedenklicher Weise die *Affären* in der Bundesverwaltung vermehrt. Nicht, daß man von einer Verschlechterung der Beamtenmoral reden dürfte; das Pflichtbewußtsein des Großteils unserer Beamenschaft ist über jeden Zweifel erhaben. Es handelte sich auch immer nur um Einzelfälle; aber sie wirkten doch beunruhigend, weil sie in den obersten Rängen erfolgten, wo man es mit der Treuepflicht gegenüber dem Staat besonders ernst nehmen muß. Verantwortlich für diese Affären ist unseres Erachtens nicht zuletzt der *Geldgeist* gewisser Schichten, die den Staat als willkommenes Objekt ihrer Gewinnsucht betrachten und mißbrauchen. Auf ihn war der Skandal der «weichen Bunker» zurückzuführen. Profitsucht war im Spiel, als es bei der Durchführung militärischer Bauten zu Kreditüberschreitungen von Hunderten von Millionen Franken kam. Durch den Geldgeist war Oberzolldirektor Widmer mit seinen Unterschlagungen zu Fall gekommen. Geldgeist hatte die Obersten Rieser dazu geführt, auf Kosten des Bundes ohne eigene Arbeitsleistung Hunderttausende von Franken als Provisionen einzukassieren, und Geldgeist war es, als in der «*Nautilus-Affäre*» gerissene Geschäftemacher wieder auf Kosten des Bundes, der dabei einen Verlust von 19 Millionen Franken zu tragen hatte, zu hübschen Vermögen kamen.

Dagegen gehört der bedauerliche *Fall des Bundesanwaltes Dubois* in keiner Weise in diese Kategorie von Affären. René Dubois, ein Sozialdemokrat, der seinerzeit gegen bürgerliche Widerstände zum Bundesanwalt ernannt worden war, war ein ehrenhafter Charakter und beruflich außerordentlich tüchtig. Er ist nicht das Opfer einer Geldsucht geworden, sondern sein Übereifer und seine Vertrauensseligkeit wurden ihm zum Verhängnis. Nach unseren Informationen hat es ganz den Anschein, als ob ihm im Dschungel des Nachrichtenkrieges von böartigen Gegnern Fußangeln gelegt worden seien und die wahren Schuldigen anderswo zu suchen wären. So wird noch die Tätigkeit des katholisch-konservativen Kreisen nahestehenden Inspektors Ulrich genau abgeklärt werden müssen, ebenso die Rolle des französischen Agenten Mercier und einiger ausländischer Nachrichtenorganisationen. Jedenfalls muß schon jetzt an die Adresse gewisser konservativer wie freisinniger Kreise mit aller Deutlichkeit erklärt werden, daß der «Fall Dubois» nicht geeignet ist, ihn zu einem neuen Diffamierungsfeldzug gegen die Sozialdemokratie zu mißbrauchen, dem allzu deutlich die Absicht zugrunde läge, die größte Landespartei weiterhin aus dem Bundesrat auszuschalten. P. S.

Außenpolitik

Der *Suezkanal* ist wieder normal befahrbar. Die letzten Wracks sind weggeräumt, die Vereinten Nationen haben ihre Aufgabe mustergültig gelöst. Zu lösen bleibt jedoch die politische Frage. Nasser kennt die Stärke seiner Position und nützt sie rücksichtslos aus. Er hat eigenmächtig die Bedingungen diktiert, unter welchen die Durchfahrt durch den Kanal in Zukunft gestattet wird. Die Diskriminierung gegenüber Israel bleibt voll in Kraft, wie zu der Zeit, als die Weltgesellschaft von Suez den Kanal verwaltete und der Kanal durch die britischen Truppen besetzt war.

Für die anderen Staaten ist die freie Durchfahrt gewährleistet, unter der Bedingung, daß sie die Gebühren, in Dollar, an die ägyptische Verwaltung im voraus bezahlen. Diese Bedingung bedeutet, daß die Benützerstaaten die Souveränität Ägyptens auf dem Kanal und dessen Nationalisierung anerkennen müssen. Für die Großmächte, die mit allen Mitteln, sogar mit einer militärischen Aggression, für die Privilegien der privatkapitalistischen Gesellschaft von Suez und gegen die Nationalisierung kämpften, bedeuten die Bedingungen Nassers eine persönliche Demütigung und eine faktische Kapitulation.

Durch ihre Aggression wollten Frankreich, Großbritannien und Israel den Sturz Nassers erreichen. Das Gegenteil ist eingetreten. Sir Anthony Eden mußte abdanken, und die Regierung Guy Mollets ist stark erschüttert und kann nur noch durch die Stimmhaltung der Rechten an der Macht bleiben. So sieht das Resultat eines leichtfertigen kolonialen Militärabenteuers aus!

Die Regierungen Großbritanniens, Frankreichs und Hollands haben ihren nationalen Schiffahrtsgesellschaften die Anweisung erteilt, bis auf weiteres den Kanal nicht zu befahren, sondern den großen und kostspieligen Umweg um Afrika zu machen. Diese Boykottmaßnahme trifft aber in Wirklichkeit mehr die eigene Wirtschaft und die eigenen Finanzen als diejenigen Nassers. Großbritannien und Frankreich befinden sich, nicht zuletzt durch ihre Suezpolitik, in großen Finanzschwierigkeiten. Großbritannien sah sich gezwungen, seine Militärausgaben herabzusetzen und Teile seiner Okkupationstruppen aus Westdeutschland zurückzuziehen. In Frankreich muß Ramadier 250 Milliarden am Budget einsparen und neue Steuern erheben. Beide Regierungen können ihre Wirtschaft nicht einzig aus Prestigegründen mit höheren Frachtkosten und größeren Konkurrenzschwierigkeiten belasten. Schon hat die konservative Regierung McMillan die Möglichkeit erwähnt, die Bedingungen Nassers, unter feierlichem Protest, anzunehmen.

Die Regierung der Vereinigten Staaten verhandelt noch mit Nasser über eine internationale Regelung der Schiffahrt durch den Suezkanal. Aber auch sie will keinen Boykott anwenden.

Israel bleibt das Hauptopfer der Auseinandersetzung der Großmächte

über den Suezkanal. Volk und Regierung Israels wollten die bedrängte Lage Nassers ausnützen, um dem jungen Staat Luft zu verschaffen und der Diskriminierung, dem Boykott und den Überfällen der Mordkommandos ein Ende zu machen. Durch seine Aggression hat Israel seine Beziehungen zu den arabischen Staaten nur noch verschlimmert. Die Großmächte denken in erster Linie an ihre eigenen Interessen. Amerika hat gewaltige Ölinteressen in den arabischen Staaten. Die Eisenhower-Doktrin verfolgt das Ziel, den Einfluß der Sowjetunion in diesem strategisch entscheidenden Gebiet zu verdrängen und womöglich zu zerstören. Washington hat soeben ein Militärbündnis mit Saudiarabien abgeschlossen, König Hussein von Jordanien hat seinen pro-russischen Regierungschef Nabulsi entlassen, die Vereinigten Staaten nehmen an den militärischen Maßnahmen der Bagdadmächte teil. Eine Unterstützung Israels würde diese großen Pläne und die schon erzielten Erfolge zerstören. Es ist aber die politische Aufgabe der Vereinten Nationen, die Lage im Nahen Osten zu entspannen. In diesem Gebiet wird es keinen Frieden geben, solange die arabischen Staaten die historische Tatsache der Existenz eines Staates Israel in Palästina nicht anerkannt haben und nicht bereit sind, mit diesem Staat friedliche nachbarliche Beziehungen zu pflegen. Nasser nimmt den Kriegszustand zwischen Israel und Ägypten zum Vorwand, um die Durchfahrt der Schiffe Israels durch den Suezkanal und durch den Golf von Akaba zu verhindern. Der Waffenstillstand wird ständig von beiden Seiten verletzt; nur seine Umwandlung in einen Friedensvertrag, der die Regelung der Grenzen und der Frage der arabischen Palästina-Flüchtlinge enthält, kann eine neue Explosion in diesem Gebiet verhindern.

Die Subkommission der UNO für die Abrüstungsfrage tagt seit Wochen erneut in London. Schon hat sie mehr als 100 Sitzungen hinter sich. Als erster Punkt der Tagesordnung wurde die Einstellung beziehungsweise Einschränkung der Nuklearbomben-Experimente behandelt. Ohne Erfolg! Die drei Großmächte, die Atombomben herstellen und besitzen, wollen ihre Experimente fortsetzen. Wohl hat die Sowjetunion sich bereit erklärt, ihre Experimente einzustellen, falls die andern dies auch tun... Ihre Taten entsprechen jedoch keineswegs ihrer Propaganda; sie hat ihre Experimente in Sibirien vermehrt, was in Japan und in Europa eine wesentliche Erhöhung der Radioaktivität der Luft verursachte. Immer dringender erheben die Wissenschaftler ihre Stimme gegen diese militärischen Übungen, die die Luft verpesten und die Gesundheit der Menschheit und besonders diejenige der kommenden Generationen gefährden. Aber das Militär im Osten wie im Westen ist nicht fähig, auf solche Mahnungen zu hören. Auch andere Staaten beabsichtigen, Atombomben zu fabrizieren. Der Rüstungswettbewerb macht die Menschen verrückt: sie opfern gewaltige Summen für die Bekämpfung von Krankheiten und geben noch größere Summen aus, um die Gesundheit zu vernichten!

Die Vereinigten Staaten haben der Subkommission einen neuen Abrüstungsplan unterbreitet! Im Laufe von zwei Jahren sollen die Großmächte ihre Militärausgaben um 25 Prozent kürzen und ihre Bewaffnung und Armeebestände entsprechend reduzieren. Die Russen haben nicht sofort nein gesagt. Aber alle gescheiterten Pläne sind undurchführbar, solange die Frage der strengen internationalen Kontrolle über ihre Verwirklichung nicht gelöst wird. Bis jetzt hat die Sowjetunion die Luftinspektion abgelehnt. Sie hat im März vorgeschlagen, in Deutschland auf beiden Seiten der Demarkationslinie eine entmilitarisierte Inspektionszone zu schaffen, wo auch die Luftinspektion erlaubt wäre. Das wäre ein erster Schritt. Die öffentliche Meinung muß immer stärker alarmiert werden, um auf die Regierungen einen wachsenden Druck auszuüben.

In *Algerien* geht der Freiheitskampf des algerischen Volkes und der Kolonialkrieg Frankreichs weiter. Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hatte den Wunsch ausgedrückt, Frankreich solle in Algerien und Großbritannien in Zypern eine gerechte Lösung der Konflikte suchen und finden.

Die englische Regierung hat den Erzbischof Makarios aus seiner Verbannung befreit und ihm die Möglichkeit gegeben, sich in Griechenland aufzuhalten; Zypern selbst bleibt ihm verboten. Eine gewisse Entspannung ist jedoch eingetreten, und Verhandlungen sind möglich geworden.

In Algerien dagegen beharrt Guy Mollet auf seinem Plan: zuerst Einstellung des Feuers, dann . . . Aber eben die erste Bedingung ist unerfüllbar, weil sie die bedingungslose Kapitulation der Freiheitskämpfer voraussetzt. Was die Algerier wollen, ist die Anerkennung ihrer Unabhängigkeit von seiten Frankreichs; die französische Regierung lehnt die Möglichkeit der Unabhängigkeit ab – und der Krieg verewigt sich.

Im Laufe der letzten Wochen ist die öffentliche Meinung Frankreichs durch die Terrormaßnahmen, die Folterungen und blutigen Repressalien der französischen Polizei und Armee alarmiert worden. Rechtslehrer an den Universitäten Paris und Algier, Journalisten von «Le Monde», «Expres», «France Observateur», «Témoignage chrétien» und sogar Generäle der französischen Truppen in Algier haben gegen die Unmenschlichkeit Frankreichs protestiert.

Die Regierung Guy Mollet hat anfänglich erklärt, daß es sich hier um Gegner der Regierung, um Feinde Frankreichs und Defaitisten handle, welche versuchten, durch die Verallgemeinerung einzelner Fälle die Armee zu demoralisieren und zu diskreditieren. Die Journalisten wurden verfolgt, und gegen die Professoren und Generäle wurden Sanktionen ergriffen. Die Augenzeugenberichte sind jedoch derart zahlreich und eindeutig, daß die Regierung sich schließlich gezwungen sah, eine ständige Kommission zur

Wahrung der Rechte und Freiheiten der Person beim Minister-Résident Lacoste einzusetzen.

Als Sozialisten protestieren wir mit aller Entschiedenheit gegen solche Terrormethoden und Repressalien. Wir wissen wohl, daß der Krieg nie menschlich geführt werden kann; und ein Befreiungskampf vielleicht noch weniger, weil die gesamte Bevölkerung ihn unterstützt. Wir haben gegen die Gewaltmethoden Hitlers und Stalins mit Empörung protestiert; wir haben den Polizeiterror und die Brutalitäten der Russen in Ungarn gegen den Freiheitskampf des Volkes gebrandmarkt. Wir können nicht schweigen, wenn eine sozialistische Regierung in einem Kolonialkrieg die gleichen oder ähnliche Methoden anwendet. Wir dürfen von einer Regierung, die unter der Führung demokratischer Sozialisten steht, eine andere Kriegführung erwarten, und vor allem eine Politik, die dem Krieg ein gerechtes Ende setzt, das heißt auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker, ihre Regierung, ihr Schicksal und ihre Freunde frei zu wählen. *J. H.-D.*

Blick in die Zeitschriften

In *Accra*, der Hauptstadt des neuen afrikanischen Staates *Ghana* (bisher Goldküste) fand kürzlich die erste *afrikanische* Regionalkonferenz des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften statt. Als der IBFG 1949 gegründet wurde, schlossen sich ihm nur drei afrikanische Organisationen mit etwa 28 000 Mitgliedern an; heute hat allein in Ghana der Gewerkschaftsbund über 100 000 Mitglieder, und in ganz Afrika sind dem IBFG 1,5 Millionen Mitglieder angeschlossen, die sich auf 24 Organisationen aus 18 afrikanischen Staaten und Gebieten verteilen. Als Ziel für die nächste Regionalkonferenz in zwei Jahren wurde eine Mitgliederzahl von 5 Millionen organisierter afrikanischer Gewerkschafter festgelegt.

Dies und vieles andere für uns sehr Wissenswerte, erfährt man laufend aus der in Brüssel (24, rue du Lombard) in deutscher Sprache erscheinenden Monatsschrift *«Freie Gewerkschaftswelt»*. So sind in Nr. 80 die wichtigsten Dokumente über die afrikanische Gewerkschaftskonferenz abgedruckt, an der auch Vertreter der asiatischen und europäischen Regionalorganisationen, der amerikanischen, britischen und französischen Gewerkschaften und Internationaler Berufssekretariate teilnahmen. In einer *«Erklärung der Rechte der Arbeiter Afrikas»*, deren feierliche Sprache an die *«Erklärung der Menschenrechte»* oder an das *«Kommunistische Manifest»* erinnert, wurde das Recht verkündet, sich in freien und unabhängigen Gewerkschaften zu organisieren; ferner wurde der Anspruch auf gleichen Lohn für gleiche Leistung, auf soziale Sicherheit und gute Arbeitsbedingungen eindrucklich erhoben.

In einem weiteren Dokument wurden die Hauptlinien eines Wirtschafts- und Sozialprogramms für Afrika beschlossen. Die afrikanischen Gewerkschaften sind sich bewußt, daß sie nicht nur die Ausbildung ihrer Funktionäre im Auge haben müssen, sondern daß es eines ihrer wichtigsten Nahziele ist, den jungen afrikanischen Staaten (und den noch in der Entstehung begriffenen) die so dringend benötigten gut durchgebildeten und verantwortungsbewußten Männer und Frauen für die führenden Posten in allen Zweigen der staatlichen Verwaltung, der Wirtschaft usw. zur Verfügung zu stellen. Ein-